



**Brüssel, den 15. Oktober 2024  
(OR. en)**

**14520/24  
ADD 1**

**JAI 1502  
FREMP 392  
ANTIDISCRIM 151  
SOC 757**

## **ÜBERMITTLUNGSVERMERK**

Absender:	Frau Martine DEPREZ, Direktorin, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	15. Oktober 2024
Empfänger:	Frau Thérèse BLANCHET, Generalsekretärin des Rates der Europäischen Union
Nr. Komm.dok.:	COM(2024) 476 final - ANNEX
Betr.:	ANHANG des BERICHTS DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN RAT Erster Fortschrittsbericht zur Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens Übersichtstabelle zur Umsetzung von Maßnahmen in der Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument COM(2024) 476 final - ANNEX.

Anl.: COM(2024) 476 final - ANNEX



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Brüssel, den 14.10.2024  
COM(2024) 476 final

ANNEX

## **ANHANG**

*des*

### **BERICHTS DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN RAT**

**Erster Fortschrittsbericht zur Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus  
und zur Förderung jüdischen Lebens**

**Übersichtstabelle zur Umsetzung von Maßnahmen in der Strategie der EU zur  
Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens**

NUMMER	MAßNAHMEN IM RAHMEN DER STRATEGIE	FORTSCHRITT	KURZBESCHREIBUNG DER DURCHFÜHRUNG DER MAßNAHME
<b>1.1. Bekämpfung von Antisemitismus in allen Politikbereichen und Mobilisierung von EU-Mitteln</b>			
1.	Im Rahmen zahlreicher EU-Förderprogramme werden gezielte Maßnahmen durchgeführt, insbesondere im Rahmen des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“, des Programms „Justiz“, der Programme „Horizont Europa“, „Kreatives Europa“ und „Erasmus+“, des Fonds für die innere Sicherheit, der Fonds der Kohäsionspolitik, des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI) und des Instruments für Heranführungshilfe (IPA).	In Bearbeitung	Die Finanzierung wurde im Rahmen der verschiedenen Programme erheblich aufgestockt. Um einschlägige Projekte zu finden, können auf dem <a href="#">Portal „EU Funding &amp; Tenders“</a> (EU-Finanzierung und Ausschreibungen) Suchanfragen zu Stichworten wie „antisemitism“, „anti-Semitism“, „Jew“, „Holocaust“, „Shoah“, „Remembrance“, „Synagogue“ usw. nach von der EU finanzierten Projekten durchgeführt werden (in englischer Sprache).
2.	Um die Umsetzung dieser Strategie zu unterstützen und die Bemühungen der Mitgliedstaaten zu koordinieren, wird die Kommission <b>die Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Bekämpfung von Antisemitismus</b> , die sich aus Vertretern der Mitgliedstaaten, Vertretern jüdischer Gemeinschaften und anderen Interessenträgern zusammensetzt, <b>in eine ständige Struktur umwandeln</b> .	Durchgeführt	Die Arbeitsgruppe wurde in <a href="#">Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens</a> umbenannt. Sie tritt zweimal jährlich zusammen.
3.	Organisation eines jährlichen <b>Forums der Zivilgesellschaft zur Bekämpfung von Antisemitismus</b> , in dem Vertreter der Kommission, jüdischer Gemeinschaften und der Zivilgesellschaft sowie andere Interessenträger zusammenkommen, um sich zu vernetzen und die Wirkung gemeinsamer Maßnahmen und EU-Mittel auf ein Maximum zu erhöhen.	In Bearbeitung	Am 16./17. November 2022 fand mit 250 Teilnehmern das erste <a href="#">Forum der Zivilgesellschaft zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens</a> statt. Es wird nicht jährlich, sondern alle zwei Jahre stattfinden.
<b>1.2. Bekämpfung von antisemitischer Hetze und Hasskriminalität</b>			
4.	Der <b>EU-Rahmenbeschluss zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit</b> bietet einen soliden Rechtsrahmen zur Bekämpfung antisemitischer Hasskriminalität und Hetze, einschließlich der öffentlichen Billigung, Leugnung oder groben Verharmlosung des Holocaust, wenn diese in einer Weise erfolgen, die geeignet ist, zu Gewalt oder Hass aufzustacheln. Seine vollständige und korrekte Umsetzung stellt für die Kommission eine Priorität dar.	In Bearbeitung	Die Kommission hat Maßnahmen ergriffen, um die vollständige und ordnungsgemäße Umsetzung des Rahmenbeschlusses sicherzustellen, und zwischen Oktober 2020 und August 2024 wegen unvollständiger oder nicht ordnungsgemäßer Umsetzung 13 Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten eingeleitet.
5.	Verbesserung der Finanzierung für Schulungsprogramme und Maßnahmen zum Aufbau von Kapazitäten zur Bekämpfung von Antisemitismus für Angehörige der Justiz- und Strafverfolgungsbehörden, unter anderem durch das Europäische Netz für die Aus- und Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten (EJTN) und die Agentur der Europäischen Union für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (CEPOL).	In Bearbeitung	Eine der wichtigsten Aktivitäten des EJTN ist das jährliche in Krakau und Oswiecim (Auschwitz) stattfindende <a href="#">Seminar über Antisemitismus und Hasskriminalität</a> in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte und dem Museum Auschwitz-Birkenau. Im Rahmen eines Seminars am 8./9. Februar 2024 befasste sich die CEPOL insbesondere mit den Auswirkungen der Angriffe vom 7. Oktober auf die innere Sicherheit der EU aus der Perspektive des Antisemitismus und des Hasses gegen Muslime. Sie arbeitet eng mit dem Europäischen Jüdischen Kongress zusammen, um regelmäßig gemeinsame Webinare zum Thema Antisemitismus zu organisieren.
6.	Unterstützung von Organisationen und Projekten zur Bekämpfung und <b>Meldung antisemitischer Hetze und Hasskriminalität</b> im Rahmen des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“.	In Bearbeitung	Durch das Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ wird das <a href="#">Europäische Netz zur Überwachung von Antisemitismus (ENMA)</a> unterstützt, welches eine wissenschaftliche Methodik entwickelt, um antisemitische Vorfälle in ganz Europa zu überwachen. Um weitere einschlägige Projekte zu finden, können auf dem <a href="#">Portal „EU Funding &amp; Tenders“</a> (EU-

			Finanzierung und Ausschreibungen) Suchanfragen zu Stichworten wie „antisemitismus“, „antisemitismus“ usw. nach von der EU finanzierten Projekten durchgeführt werden (in englischer Sprache).
7.	Unterstützung bei der <b>Entwicklung von Schulungen und Materialien zum Thema Antisemitismus</b> und deren Bereitstellung auf der „Europäischen Plattform für Aus- und Fortbildung“ des Europäischen Justizportals.	In Bearbeitung	Schulungsmaterialien zum Thema Antidiskriminierung, einschließlich Antisemitismus, sind auf der <a href="#">Europäischen Plattform für Aus- und Fortbildung</a> verfügbar. Die Ausarbeitung von Schulungen und Materialien zur Unterstützung von Angehörigen der Rechtsberufe bei der Erkennung und strafrechtlichen Verfolgung von Antisemitismus ist eine der Prioritäten der jährlichen Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Finanzhilfen im Rahmen des Programms „Justiz“.
8.	Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Sicherung der Verfügbarkeit und Zugänglichkeit <b>integrierter und gezielter Unterstützungsdienste</b> für Opfer antisemitischer Hasskriminalität, auch mittels Mitteln der EU.	In Bearbeitung	Die Kommission fördert weiterhin integrierte und gezielte Unterstützungsdienste für Opfer von Hasskriminalität, einschließlich antisemitischer Hasskriminalität. Außerdem hat sich die Kommission verpflichtet, Finanzierungsmöglichkeiten zu schaffen, insbesondere im Rahmen des Programms „Justiz“, um Mitgliedstaaten und Nichtregierungsorganisationen bei der Anwendung der EU-Vorschriften über die Rechte von Opfern im Einklang mit den Prioritäten der EU-Strategie für die Rechte von Opfern zu unterstützen, unter anderem zur Stärkung der Opferunterstützungsdienste.
9.	Die Kommission wird weiterhin die <b>Umsetzung der Opferschutzrichtlinie überwachen</b> , mit der sichergestellt wird, dass alle Opfer von Straftaten Rechte haben. Dies gilt unter anderem für den Zugang zu spezialisierten Unterstützungsdiensten und Schutzmaßnahmen, die ihren individuellen Bedürfnissen und ihrer Schutzbedürftigkeit entsprechen.	In Bearbeitung	Am 12. Juli 2023 nahm die Kommission einen <a href="#">Vorschlag zur Überarbeitung der Opferschutzrichtlinie</a> an, der darauf abzielt, die Rechte aller Opfer von Straftaten in der EU, einschließlich der Opfer antisemitischer Hasskriminalität, weiter zu stärken. Von besonderer Bedeutung sind die folgenden vorgeschlagenen Bestimmungen: Verbesserung der individuellen Begutachtung der Bedürfnisse der Opfer, Stärkung der Unterstützung für besonders schutzbedürftige Opfer durch zusätzliche Maßnahmen für den physischen Schutz der Opfer und Verbesserung der Teilnahme der Opfer an Strafverfahren.
10.	Um den Rechtsrahmen weiter zu stärken, wird die Kommission im Jahr 2021 eine <b>Initiative zur Erweiterung der Liste der „EU-Straftatbestände“</b> und zur Aufnahme von Hasskriminalität und Hetze einleiten.	In Bearbeitung	Am 9. Dezember 2021 hat die Kommission eine Mitteilung mit dem Titel <a href="#">„Ein inklusiveres und besser schützendes Europa“: Erweiterung der Liste der EU-Straftatbestände um Hetze und Hasskriminalität</a> angenommen.
11.	Durchgängige Berücksichtigung der <b>Rechte des Kindes in allen Politikbereichen der EU</b> , um Kinder, die Opfer von Diskriminierung u. a. aufgrund ihrer Religion oder Weltanschauung sind, besser zu schützen.	In Bearbeitung	Die EU und die Mitgliedstaaten müssen die Rechte des Kindes achten, schützen und fördern. Die <a href="#">EU-Kinderrechtsstrategie</a> und die <a href="#">Europäische Garantie für Kinder</a> sind wichtige politische Initiativen der Europäischen Kommission, die darauf abzielen, alle Kinder besser zu schützen, ihnen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte zu helfen und sie in den Mittelpunkt der Politikgestaltung der EU zu stellen.
12.	Im Rahmen der Hochrangigen Gruppe zur Bekämpfung von Hetze und Hasskriminalität <b>wird die FRA die Mitgliedstaaten bei der Verbesserung und Angleichung ihrer Methoden</b> zur Erfassung und Erhebung von Daten über Hasskriminalität, einschließlich Antisemitismus, <b>unterstützen</b> .	In Bearbeitung	Die FRA leitet im Rahmen der Hochrangigen Gruppe die Arbeitsgruppe zur Erfassung und Erhebung von Daten über Hasskriminalität. 15 Mitgliedstaaten haben die <a href="#">Wiener Deklaration</a> unterzeichnet, in der das Ziel formuliert wird, eine gemeinsame Methodik zur Quantifizierung und Qualifizierung antisemitischer Vorfälle zu erarbeiten und diese im Zeitverlauf und zwischen den Mitgliedstaaten zu vergleichen.
<b>1.3. Bekämpfung von Antisemitismus im Internet</b>			
13.	Bekämpfung antisemitischer Hetze in der anstehenden Aktualisierung der <b>Strategie für ein besseres Internet für Kinder</b> .	In Bearbeitung	Im Rahmen der europäischen Strategie für ein besseres Internet für Kinder (BIK+) kofinanziert die Kommission Safer-Internet-Zentren in den Mitgliedstaaten durch folgende Maßnahmen: - Beratungsdienste, die der Öffentlichkeit, insbesondere Kindern, helfen, wenn sie schädlichen und illegalen Inhalten ausgesetzt sind. - Hotlines zur Meldung von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern. Diese können den Status „vertrauenswürdiger Hinweisgeber“ im Sinne des Gesetzes über digitale Dienste erhalten, wodurch Plattformen verpflichtet wären, deren Meldungen über illegale Inhalte vorrangig und unverzüglich zu bearbeiten. Im Rahmen einzelstaatlicher Regelungen bearbeiten einige auch Meldungen über rassistische und fremdenfeindliche Hetze, auch in Verbindung mit Antisemitismus.

14.	Der <b>Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation</b> wird gestärkt, was unter anderem zu einer besseren Bekämpfung von Antisemitismus im Internet beiträgt.	Durchgeführt	Am 16. Juni 2022 wurde der <a href="#">gestärkte Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation</a> von 34 <a href="#">Unterzeichnern</a> , die am Überarbeitungsprozess des Verhaltenskodex von 2018 beteiligt waren, unterzeichnet und vorgelegt. Inzwischen sind zehn weitere Unterzeichner hinzugekommen.
15.	Unterstützung der <b>Europäischen Beobachtungsstelle für digitale Medien und deren nationalen Stellen bei der Erhöhung der Kapazitäten ihrer Faktenprüfer im Bereich Desinformation</b> sowie Zusammenarbeit mit unabhängigen Organisationen bei der Entwicklung von Gegennarrativen, auch in Nichtunionssprachen.	In Bearbeitung	Die <a href="#">Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien</a> hat eine <a href="#">vorläufige Analyse der Desinformation im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen Israel und der Hamas</a> durchgeführt und trägt zur Aufdeckung und Analyse von Desinformationskampagnen bei, auch in Verbindung mit rassistischer und antisemitischer Desinformation. Seit 2023 sind 14 von der EU finanzierte nationale oder regionale Zentren in Betrieb, die alle 27 EU-Mitgliedstaaten sowie Norwegen im EWR abdecken.
16.	Mit dem <b>Gesetz über digitale Dienste</b> wurden neue Verpflichtungen für Online-Plattformen eingeführt, gegen illegale Inhalte, wie zum Beispiel illegale antisemitische Hetze, vorzugehen. Dazu gehören Verpflichtungen mit Blick auf Melde- und Abhilfeverfahren, die Transparenz der Verfahren zur Moderation von Inhalten, vertrauenswürdige Hinweisgeber sowie die Bewertung und Minderung von Risiken.	In Bearbeitung	Auf der Grundlage des Gesetzes über digitale Dienste hat die Kommission ein förmliches Verfahren eingeleitet, um zu bewerten, ob X, TikTok, AliExpress und Meta möglicherweise gegen das Gesetz über digitale Dienste verstoßen haben, unter anderem im Zusammenhang mit der Verbreitung illegaler Inhalte, beispielsweise illegaler Hetze.
17.	Im Rahmen des <b>Aktionsplans gegen Desinformation</b> und des Europäischen Aktionsplans für Demokratie werden die Kommission und der EAD unter anderem mithilfe der East StratCom Task Force weiterhin <b>besonderes Augenmerk auf die Analyse von Desinformationskampagnen, Hetze, Aufstachelung zu Gewalt und extremistisches Gedankengut sowie die Reaktion darauf richten</b> .	In Bearbeitung	Im Rahmen des <a href="#">Aktionsplans gegen Desinformation</a> (angenommen am 5. Dezember 2018) wird dem Antisemitismus besondere Aufmerksamkeit gewidmet, unter anderem durch die <a href="#">East StratCom Task Force</a> und <a href="#">EuvsDisinfo</a> . Im Vorfeld der Wahl zum Europäischen Parlament 2024 hat die Europäische Kommission am 12. Dezember 2023 das <a href="#">Paket zur Verteidigung der Demokratie</a> angenommen. Das wesentliche Element dieses Pakets ist ein Legislativvorschlag, mit dem die Transparenz und demokratische Rechenschaftspflicht bei Tätigkeiten zur Interessenvertretung für Drittländer, die darauf abzielen, die Politik, Beschlussfassung und den demokratischen Handlungsspielraum zu beeinflussen, verbessert werden. Dieser Vorschlag wird derzeit von den gesetzgebenden Organen erörtert.
18.	Verstärkung der Bekämpfung des Antisemitismus im Internet, Unterstützung des Aufbaus eines <b>europaweiten Netzes vertrauenswürdiger Hinweisgeber</b> und jüdischer Organisationen gemäß dem Verhaltenskodex.	In Bearbeitung	Im Jahr 2024 wird ein überarbeiteter <a href="#">Verhaltenskodex für die Bekämpfung illegaler Hetze im Internet</a> in Kraft treten. Die Kommission arbeitet an der Entwicklung eines Netzes von Berichterstattern zur Überwachung, die darauf spezialisiert sind, Aufstachelung zu Gewalt und Hass im Internet aufzudecken, und die Umsetzung des künftigen Verhaltenskodex unterstützen sollen. Dazu gehört ein spezielles Netz von Berichterstattern und Faktenprüfern, die antisemitische Inhalte, die in der EU veröffentlicht werden, ermitteln.
19.	Organisation eines <b>Hackathons</b> , um den Austausch zwischen Experten zu erleichtern und neue innovative Wege zur Bekämpfung von Antisemitismus im Internet und im digitalen Umfeld zu entwickeln.	In Bearbeitung	Ein von der Kommission finanziertes Projekt ist in Vorbereitung und wird die Organisation dieses Hackathons umfassen.
20.	Mit der Verordnung über politische Werbung werden harmonisierte hohe Transparenzstandards für die Erbringung politischer Werbedienstleistungen und ein besserer Schutz für die Nutzung personenbezogener Daten für gezielte politische Werbung eingeführt. Dies wird die Bürgerinnen und Bürger stärken, die Rechenschaftspflicht bei der Nutzung politischer Werbung unterstützen und von deren Missbrauch, auch als Vektor für Desinformation und Hetze, abschrecken.	In Bearbeitung	Am 11. März 2024 wurde die <a href="#">Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung</a> , die der Informationsmanipulation und der Einflussnahme aus dem Ausland auf Wahlen entgegenwirken soll, angenommen.
21.	Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft und IT-Unternehmen, um die <b>illegale Darstellung und den Verkauf von Nazi-Symbolen, -Sammlerstücke und -Literatur im Internet zu verhindern</b> .	In Bearbeitung	Der tschechische Vorsitz im Rat der Europäischen Union veranstaltete am 24. November 2022 ein Expertentreffen zum Thema Nazi-Sammlerstücke und deren Missbrauch zu antisemitischen Zwecken.
22.	Durchführung einer <b>umfassenden Datenanalyse</b> , um besser zu verstehen, wie sich Antisemitismus im Internet verbreitet, welche Routen er einschlägt und wie er sich ausweit.	In Bearbeitung	Ein von der Kommission finanziertes Projekt ist in Vorbereitung und wird die Entwicklung dieser umfassenden Datenanalyse einschließen.
<b>1.4. Bekämpfung antisemitischer Diskriminierung</b>			

23.	<b>Nationale Gleichstellungsstellen</b> fördern, analysieren, überwachen und unterstützen die Gleichbehandlung. Bis 2022 wird die Kommission neue Rechtsvorschriften (verbindliche Standards für Gleichstellungsstellen) zur Stärkung der Rolle der Gleichstellungsstellen vorschlagen.	In Bearbeitung	Zur Stärkung des Mandats, der Befugnisse, der Unabhängigkeit und der Ressourcen der Gleichstellungsstellen hat die Kommission am 8. Dezember 2022 <a href="#">zwei Vorschläge für Richtlinien über Standards für Gleichstellungsstellen</a> angenommen.
24.	Zusammenarbeit mit <b>Equinet und Gleichstellungsstellen</b> , um deren Wissen über Antisemitismus zu erweitern.	In Bearbeitung	Die Kommission hat begonnen, enger mit Equinet zusammenzuarbeiten, um das Wissen über Antisemitismus zu vertiefen, unter anderem durch ein Webinar für nationale Gleichstellungsstellen am 10. März 2022.
25.	Die <b>EU-Plattform der Chartas der Vielfalt</b> wurde eingerichtet, damit bestehende Chartas Erfahrungen und bewährte Verfahren teilen und austauschen können. Diese Chartas sollten auch systematisch die spezifischen Herausforderungen bei der Ermittlung und Bekämpfung von Antisemitismus am Arbeitsplatz angehen.	In Bearbeitung	Am 30. Mai 2023 organisierte die <a href="#">EU-Plattform der Chartas der Vielfalt</a> ein Webinar zum Thema „Aufbau inklusiver Organisationen“ mit besonderem Schwerpunkt auf Antisemitismus, Hass gegen Muslime und Rassismus.
26.	Durchführung einer Reihe von Maßnahmen <b>zur Bekämpfung rassistischer und ethnischer Stereotypen in Zusammenarbeit mit den Medien, der Zivilgesellschaft und Vertretern von Menschen, die aufgrund ihrer Rasse oder ethnischen Herkunft einer Minderheit angehören.</b>		
27.	Aufnahme von Daten zu Antisemitismus und jüdischen Menschen in der EU im Rahmen der Erhebung und Verwendung von Gleichstellungsdaten auf der Grundlage der Rasse oder der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung. Die Kommission wird eine Maßnahme einleiten, um <b>insbesondere mit Blick auf nach ethnischer Herkunft aufgeschlüsselten Daten einen kohärenten Ansatz bei der Erhebung von Gleichstellungsdaten sicherzustellen.</b>	In Bearbeitung	Eurostat hat eine Taskforce für Gleichstellung eingerichtet, um die Erhebung von Gleichstellungsdaten, auch zu Rasse oder ethnischer Herkunft, zu verbessern. Damit sollen auch Leitlinien und Empfehlungen für eine bessere Erfassung von Statistiken über Antisemitismus und die jüdische Bevölkerung bereitgestellt werden.
28.	Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der <b>Ausarbeitung und Umsetzung von Reformen</b> zur Bekämpfung von Diskriminierung an Schulen im Allgemeinen – und Antisemitismus im Besonderen – im Rahmen des Instruments für technische Unterstützung, und zwar auch länderübergreifend, um eine engere Zusammenarbeit zu fördern und auf bewährten Verfahren aufzubauen.	In Bearbeitung	Das Instrument für technische Unterstützung bietet den Mitgliedstaaten maßgeschneiderte Unterstützung bei der Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus.
<b>1.5. Die Kommission geht mit gutem Beispiel voran</b>			
29.	Die Kommission wird auch weiterhin mit internen Personalveranstaltungen und Sensibilisierungsinitiativen an den Holocaust erinnern. Sie wird unter anderem im Rahmen des allgemeinen Schwerpunkts auf europäischen Grundwerten, wie der Achtung von Minderheiten, ihre Mitarbeiter weiterhin für Antisemitismus und dessen Bekämpfung sensibilisieren und das Verständnis für jüdisches Leben und die jüdische Kultur verbessern. Die Schulungsmaßnahmen erstrecken sich auch auf unbewusste Vorurteile, darunter solche, die auf der Wahrnehmung von Religion oder Weltanschauung beruhen.	In Bearbeitung	Die Kommission organisiert für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jährlich die Schulung zum Thema „Unmasking modern antisemitism“ (Aufdeckung von modernem Antisemitismus). Der Internationale Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust wird jedes Jahr auf der internen Website der Kommission angekündigt, und die Mitarbeiter werden zur Teilnahme an der vom Jüdischen Weltkongress initiierten Kampagne #WeRemember eingeladen.
30.	Sie wird weiterhin jedes Jahr die Euro-Chanukka-Feier ausrichten, um der Vielfalt unter den Mitarbeitern Rechnung zu tragen.	In Bearbeitung	Die Kommission ist in jedem Jahr bei der Euro-Chanukka-Feier vertreten, die vom European Jewish Community Centre und der European Jewish Association ausgerichtet wird und an der hochrangige Persönlichkeiten teilnehmen, beispielsweise <a href="#">Präsidentin von der Leyen und Vizepräsident Schinas</a> .
31.	Aufforderung an die <b>europäischen Schulen</b> , alle Schülerinnen und Schüler über jüdisches Leben in Europa, den Holocaust und Antisemitismus aufzuklären und jedes Jahr den <b>Internationalen Holocaust-Gedenktag</b> zu begehen, wobei auch eine Besichtigung von Gedenkstätten ins Auge gefasst werden kann.		
32.	Gegebenenfalls <b>Organisation von Studienaufenthalten</b> , z. B. in Israel.	Durchgeführt	Vom 18. bis 22. September 2022 fand ein Studienaufenthalt für EU-Mitarbeiter in Israel statt.



33.	Fortsetzung des <b>Null-Toleranz-Ansatzes gegenüber Vorfällen von Antisemitismus</b> innerhalb des Organs unter Verwendung der IHRA-Definition als Grundlage. Bereitstellung von Schulungen für bestimmte Zielgruppen, etwa Mitarbeiter der Personalverwaltung, damit diese Antisemitismus gemäß der IHRA-Definition erkennen können.	In Bearbeitung	Die Kommission hat den <a href="#">Aktionsplan für Vielfalt und Inklusion</a> und die erneuerte Strategie gegen Belästigung angenommen, um für sichere und inklusive Arbeitsplätze für alle Sorge zu tragen. Die Kommission bietet für alle neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Bedienstete, Führungskräfte und Mitarbeiter der Personalverwaltung Schulungen an, darunter spezielle Veranstaltungen zum Gedenken an den Holocaust. Zudem organisiert sie eine jährliche Schulung zum Thema „Unmasking modern antisemitism“ (Aufdeckung von modernem Antisemitismus).
34.	Förderung flexibler <b>Arbeitsregelungen</b> , um allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Einhaltung religiöser Feiertage zu ermöglichen.	In Bearbeitung	Die Kommission fördert die Anwendung flexibler Arbeitsregelungen, um allen Mitarbeitern die Einhaltung religiöser Feiertage zu ermöglichen, und bereitet derzeit eine Ausweitung der bereits bestehenden Flexibilität vor.
<b>2.1. Bekämpfung von gegen Juden gerichtetem gewaltbereitem Extremismus und Terrorismus</b>			
35.	Enge Zusammenarbeit mit Europol, einschließlich der EU-Meldestelle für Internetinhalte, um antisemitischen Terrorismus und gewaltorientierten Extremismus im Internet zu bekämpfen, indem gegen Gruppen und Einzelpersonen vorgegangen wird, die terroristische Inhalte im Internet verbreiten.	In Bearbeitung	Über das EU-Internetforum wurde unmittelbar nach den Anschlägen vom 7. Oktober ein außerordentliches Treffen einberufen, um sich mit der EU-Meldestelle für Internetinhalte (IRU) von Europol, den Mitgliedstaaten und Vertretern der Internetbranche über die großen Mengen terroristischer, gewaltorientierter, extremistischer und schädlicher Inhalte, einschließlich antisemitischer Inhalte, die im Internet verbreitet werden, auszutauschen. Die EU-Meldestelle für Internetinhalte von Europol stellte operative Unterstützungspakete bereit und koordinierte die Maßnahmen zwischen den Strafverfolgungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten. Europol veranstaltete am 27. Juni 2024 einen Tag für die Meldung von Internetinhalten, um antisemitische Inhalte im Internet zu ermitteln und zu bekämpfen.
36.	Die Kommission wird außerdem eine <b>hochrangige Konferenz zum Schutz jüdischer Gemeinschaften in der EU</b> veranstalten.		
37.	Die Kommission wird gemeinsam mit dem Zentrum der Europäischen Union für Informationsgewinnung und Lageerfassung die Durchführung <b>regelmäßiger EU-Bewertungen der spezifischen Bedrohungen für jüdische Menschen, Gemeinschaften und Gebetsstätten</b> prüfen, um spezifische Sicherheitsrisiken besser zu verstehen und sie so besser verhindern, abwehren und darauf reagieren zu können.	In Bearbeitung	Die Kommission hat gemeinsam mit dem Zentrum der Europäischen Union für Informationsgewinnung und Lageerfassung damit begonnen, Bewertungen der spezifischen Bedrohungen für jüdische Menschen, Gemeinschaften und Gebetsstätten vorzunehmen, um auf spezifische Sicherheitsrisiken reagieren zu können.
38.	Bereitstellung von EU-Mitteln zur Unterstützung von Projekten zum <b>Schutz des öffentlichen Raums und von Gebetsstätten</b> .	In Bearbeitung	Anlässlich der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Fonds für die innere Sicherheit im Jahr 2022 stellte die Kommission 8,3 Mio. EUR für Projekte zur Verbesserung des Schutzes religiöser Stätten bereit. Im Rahmen der Aufforderung im Jahr 2020 hatte sie 14,5 Mio. EUR bereitgestellt. Am 21. Dezember 2023 hat die Kommission eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen in Höhe von 30 Mio. EUR veröffentlicht, die eine spezielle Priorität in Höhe von 5 Mio. EUR für den <a href="#">Schutz jüdischer Gebetsstätten, Schulen und Gemeindezentren</a> vorsieht.
39.	Bestandsaufnahme der bestehenden nationalen Sicherheits- und Schutzmaßnahmen in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten.	In Bearbeitung	Im Dezember 2023 leitete das Sicherheitsnetz für Hochrisikofälle eine Bestandsaufnahme der Maßnahmen ein, die von den Mitgliedstaaten zum besseren Schutz der jüdischen Gemeinschaften ergriffen wurden.
40.	Ausbau der operativen Unterstützung für Mitgliedstaaten und jüdische Gemeinschaften durch die Bereitstellung von Schulungen zu Sicherheitsmaßnahmen. Dies umfasst auch Besuche von Sicherheitsberatern der EU in den Mitgliedstaaten, um ein Netz von Ausbildern für den Bereich des Schutzes von Gebetsstätten aufzubauen.	In Bearbeitung	Im Jahr 2022 fanden auf der Grundlage des EU-Leitfadens für einen besseren Schutz von Gebetsstätten EU-Sicherheitsberatungsmissionen in jüdischen Gemeinschaften in Schweden und Polen statt. Gemeinsam mit dem OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte und dem Jüdischen Weltkongress organisierte die Kommission Veranstaltungen, an denen nationale Strafverfolgungsbehörden, Sicherheitsbehörden und jüdische Gemeinschaften in Kroatien, Estland, Lettland, Litauen, Irland, Italien, Nordmazedonien und Moldau teilnahmen.

41.	Ermittlung der spezifischen Relevanz und Auswirkungen von Antisemitismus im Rahmen der Arbeit des Aufklärungsnetzwerks gegen Radikalisierung zur Prävention und Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus.	In Bearbeitung	Das <a href="#">Aufklärungsnetzwerk gegen Radikalisierung</a> (RAN) organisierte mehrere Aktivitäten und veröffentlichte Forschungsarbeiten. So veranstaltete es etwa am 29./30. März 2022 einen Workshop zum Thema „Antisemitism as a part of almost all extremist ideologies and narratives“ (Antisemitismus als Teil fast aller extremistischen Ideologien und Narrative) und veröffentlichte am 22. März 2023 den Bericht „ <a href="#">Approaches to addressing antisemitism in European P/CVE</a> “ (Ansätze zur Bekämpfung von Antisemitismus in der europäischen Prävention und Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus). Das EU-Wissenszentrum zur Prävention von Radikalisierung, welches das Aufklärungsnetzwerk gegen Radikalisierung ersetzt, bewertet weiterhin die extremistischen Narrative, die sich im Jahr 2024 aus dem israelisch-palästinensischen Konflikt in Europa ergeben. Anfang 2024 hat die Kommission unter der gemeinsamen Leitung Deutschlands und Österreichs mit interessierten Mitgliedstaaten eine projektbasierte Zusammenarbeit zum Thema Antisemitismus bei der Prävention und Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus eingeleitet.
42.	Sicherstellung einer raschen Umsetzung der Verordnung zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte.	In Bearbeitung	Die <a href="#">Verordnung zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte</a> ist seit dem 7. Juni 2022 in Kraft, und am 14. Februar 2024 nahm die Kommission einen <a href="#">Bericht über ihre Durchführung</a> an. Bis September 2024 haben 24 Mitgliedstaaten zuständige Behörden für den Erlass von Entfernungsanordnungen benannt und zwischen Juni 2022 und Ende August 2024 wurden mehr als 1 000 Entfernungsanordnungen erlassen.
43.	Fortsetzung der Finanzierung von <b>Forschungs- und Innovationstätigkeiten</b> , in erster Linie über das Programm „Horizont Europa“, die darauf abzielen, die aktuellen Radikalisierungstrends sowie die Mittel und Muster zu verstehen, um sie wirksam zu verhindern und darauf reagieren zu können.	In Bearbeitung	Die Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Arbeitsprogramm 2022 von Horizont Europa umfassten die Themen „ <a href="#">Evolution of political extremism and its influence on contemporary social and political dialogue</a> “ (Entwicklung des politischen Extremismus und sein Einfluss auf den heutigen sozialen und politischen Dialog) und „ <a href="#">Strengthening racial, ethnic and religious equality</a> “ (Stärkung der Gleichstellung der Rassen, Ethnien und Religionen), wodurch die Finanzierung von sechs Forschungsprojekten in Höhe von jeweils 3 Mio. EUR ermöglicht wurde.
44.	Unterstützung von Veranstaltungen zum Gedenken an die <b>Opfer von Terroranschlägen, beispielsweise durch digitale Gedenktafeln für Opfer</b> .		
<b>2.2. Förderung jüdischen Lebens sowie der Religions- und Glaubensfreiheit</b>			
45.	Erleichterung des <b>Austauschs bewährter Verfahren zwischen den Behörden sowie jüdischen und muslimischen Gemeinschaften</b> in Bezug auf rituelle Schlachtung unter Nutzung der Erfahrungen internationaler Organisationen wie der Vereinten Nationen, des BDIMR der OSZE und des Europarats.	Durchgeführt	Die Kommission ermöglichte am 20. Oktober 2022 im Rahmen der <a href="#">Konferenz „Freedom of religion with regard to religious slaughter“</a> (Religionsfreiheit in Bezug auf rituelle Schlachtung) einen Austausch zwischen den Mitgliedstaaten und Vertretern der jüdischen und muslimischen Gemeinschaften über die möglichen Auswirkungen von Verboten ritueller Schlachtung auf diese Gemeinschaften.
46.	Durchführung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens auf <b>regionaler und lokaler Ebene</b> , u. a. durch eine Bestandsaufnahme und die Ausarbeitung eines <b>Leitfadens für bewährte Verfahren und Schulungen</b> für auf regionaler und lokaler Ebene tätige Organisationen.	In Bearbeitung	Es wurde eine Studie in Auftrag gegeben, um bewährte Verfahren zur Bekämpfung von Antisemitismus auf regionaler und lokaler Ebene zu erfassen und einen Leitfaden für bewährte Verfahren auszuarbeiten. Im Jahr 2023 wurden drei Schulungen für Beamte in verschiedenen Städten durchgeführt.
47.	Verbesserung des Wissens über und des Verständnisses für das jüdische Leben in der Öffentlichkeit durch eine <b>Sensibilisierungskampagne</b> in enger Zusammenarbeit mit jüdischen Gemeinschaften, unter anderem durch <b>interkulturellen und interreligiösen Dialog</b> und entsprechende Aktivitäten.	In Bearbeitung	Die Kommission hat mit den Vorbereitungen für die Erarbeitung einer Sensibilisierungskampagne begonnen, um das Wissen über jüdisches Leben und die Bekämpfung von Antisemitismus und Hass in der breiten Öffentlichkeit zu verbessern.
48.	Unterstützung des Austauschs <b>bewährter Verfahren zur Aufklärung von Migranten über die Werte der EU</b> , einschließlich der Bekämpfung von Antisemitismus, über das <b>Europäische Integrationsnetzwerk</b> , beispielsweise durch die Zusammenarbeit mit Migranten als Botschaftern für die Werte der EU.		



49.	Förderung der Verbindung zwischen der auch von Schulkindern gepflegten <b>jüdischen Tradition</b> , am Feiertag <i>Tu biSchevat</i> <b>Bäume zu pflanzen</b> , und dem <b>Vorhaben der EU</b> , im Rahmen der EU-Biodiversitätsstrategie und der EU-Waldstrategie für 2030 <b>drei Milliarden zusätzliche Bäume anzupflanzen</b> , um so das gegenseitige Verständnis und die Wahrnehmung zu verbessern.		
50.	Die Kommission wird <b>Schulungen für Journalisten</b> zur Erkennung aller Formen von Antisemitismus und zur Aufdeckung antisemitischer Vorurteile in der Berichterstattung unterstützen.		

### 2.3. Schutz des jüdischen Kulturerbes

51.	Aufforderung an Städte, sich im Kontext einer Bewerbung um den Titel <b>Kulturhauptstadt Europas</b> mit der Geschichte ihrer Minderheiten, einschließlich der Geschichte der jüdischen Gemeinschaft, zu befassen.	In Bearbeitung	Im Jahr 2022 war das jüdische Festival Teil der offiziellen Aktivitäten, die in Kaunas als Kulturhauptstadt Europas organisiert wurden. Kaunas nahm auch eine Reihe weiterer Projekte, die sich mit dem tragischen Schicksal seiner jüdischen Gemeinschaft während des Zweiten Weltkriegs befassten, in das offizielle Programm auf. Im Jahr 2024 wird Bad Ischl in Österreich sein Jahr als Kulturhauptstadt Europas auch dazu nutzen, das florierende Leben seiner jüdischen Gemeinschaft in den 1920er- und 1930er-Jahren und ihr Verschwinden durch den Nationalsozialismus zu thematisieren.
52.	Ermunterung junger Menschen, die im Rahmen von DiscoverEU durch Europa reisen, jüdische Kulturstätten zu besuchen.	In Bearbeitung	Seit Juli 2022 erhalten junge Menschen, die mit <a href="#">DiscoverEU</a> reisen, eine Rabattkarte, mit der sie Ermäßigungen auf kulturelle Besuche in ganz Europa in Anspruch nehmen können. Dazu gehören auch Stätten jüdischen Kulturerbes.
53.	Nutzung der Europäischen Tage des Kulturerbes, eine gemeinsame Initiative des Europarats und der Kommission, um auf Stätten jüdischen Kulturerbes in ganz Europa aufmerksam zu machen.	In Bearbeitung	Die Europäischen Tage des Kulturerbes <a href="#">2022-2023</a> umfassten Maßnahmen zur Förderung des jüdischen Kulturerbes in Zusammenarbeit mit der European Association for the Preservation and Promotion of Jewish Culture and Heritage. Im Jahr <a href="#">2024</a> wurden religiöse Toleranz und interkultureller Dialog, auch im Hinblick auf das jüdische Kulturerbe, über verschiedene Medienkanäle hervorgehoben.
54.	Fortsetzung des Projekts zur digitalen Erfassung jüdischer Kulturgüter, das darauf abzielt, eine umfassende Datenbank mit Informationen über jüdische Kulturgüter, die von den Nationalsozialisten entwendet wurden, zu erstellen, bewährte Verfahren zu sammeln und Sensibilisierungsmaßnahmen vorzuschlagen.	In Bearbeitung	Das Projekt zielt darauf ab, eine umfassende Datenbank mit Informationen über jüdische Kulturgüter, die von den Nationalsozialisten entwendet wurden, zu erstellen, bewährte Verfahren zu sammeln und Sensibilisierungsmaßnahmen vorzuschlagen. Das Projekt läuft bis Mai 2025.
55.	Einleitung einer vorbereitenden Maßnahme zum Schutz der jüdischen Friedhöfe in Europa, wobei die Ergebnisse von zwei früheren Pilotprojekten des Europäischen Parlaments zu diesem Thema genutzt und Verbindungen zwischen Gruppen gefördert werden, die sich für die Erhaltung jüdischer Begräbnisstätten einsetzen.	Durchgeführt	Bei dieser vorbereitenden Maßnahme handelte es sich um eine Fortsetzung der beiden vorangegangenen Pilotprojekte. Sie dauerte 18 Monate, bis Juni 2023. Die Maßnahme erstreckte sich auf Moldau, die Ukraine, Georgien, Polen, Ungarn, die Slowakei und Tschechien. Es wurden etwa 256 Friedhöfe ermittelt und geschützt und verschiedene Lehrmaterialien erstellt und verteilt.

### 3.1. Bildung und Forschung in den Bereichen Antisemitismus und jüdisches Leben

56.	Unterstützung von Aktivitäten im Rahmen von Erasmus+ und des Europäischen Solidaritätskorps, die auf die Förderung europäischer Werte und die Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung und Intoleranz, einschließlich Antisemitismus, abzielen, indem politische Bildung und die Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben gefördert werden.	In Bearbeitung	Die Programme entsprechen vollständig diesem Ziel und unterstützen diese Aktivitäten.
57.	EU-Preis für das Kulturerbe / Europa Nostra Award	In Bearbeitung	Durch die Auszeichnung wird die Bedeutung der Bewahrung und Wiederherstellung des jüdischen Kulturerbes und der jüdischen Traditionen sowie des Gedenkens daran hervorgehoben. Ein besonderes Engagement gilt dabei der Sensibilisierung und dem Gedenken an die Opfer des Holocaust.

			Im Dezember 2023 kündigte Präsidentin Ursula von der Leyen die Absicht der Kommission an, einen Preis zur Anerkennung des jüdischen Kulturerbes in Europa zu verleihen. Mit diesem neuen Preis soll das Bewusstsein für die jüdische Kultur, die unsere gemeinsame europäische Geschichte geprägt hat, geschärft und ein neuer Impuls für ein breiteres Wissen und eine breitere Anerkennung dieser Kultur geschaffen werden.
58.	Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Intensivierung ihrer Bemühungen zur Förderung gemeinsamer Werte und inklusiver Bildung sowie Umsetzung der Empfehlung des Rates zur Förderung gemeinsamer Werte, inklusiver Bildung und der europäischen Dimension im Unterricht durch die neue Arbeitsgruppe für Gleichstellung und Werte in der allgemeinen und beruflichen Bildung, einschließlich jüdischer Lebensweisen und Traditionen.	In Bearbeitung	Auf der Sitzung der <a href="#">Arbeitsgruppe für Gleichstellung und Werte in der allgemeinen und beruflichen Bildung</a> am 9. Juni 2023 wurde das Thema Antisemitismus erörtert. Am 10. Oktober 2023 veröffentlichte die Kommission den Bericht „ <a href="#">Promoting diversity and inclusion in schools in Europe</a> “ (Förderung von Vielfalt und Integration in Schulen in Europa), der Strategien zur Bekämpfung von Antisemitismus in der Bildung enthält.
59.	Unterstützung der Ausbildung von Lehrkräften in Zusammenarbeit mit der UNESCO und dem BDIMR der OSZE auf der Grundlage ihrer Leitlinien zur Bekämpfung von Antisemitismus durch Bildung für politische Entscheidungsträger bzw. Lehrerausbildungseinrichtungen.	In Bearbeitung	Mit Finanzmitteln der Europäischen Kommission und der Unterstützung des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte startete die UNESCO am 3. April 2023 ein zweijähriges gemeinsames <a href="#">Projekt zur Bekämpfung des zunehmenden Antisemitismus durch Bildung in Europa</a> , das sich auf zwölf Mitgliedstaaten erstreckt.
60.	Unterstützung der Mitgliedstaaten durch das <b>Instrument für technische Unterstützung</b> bei der Konzeption und <b>Umsetzung von Schulreformen</b> , die auf die Bekämpfung von Diskriminierung im Allgemeinen und Antisemitismus im Besonderen abzielen.	In Bearbeitung	Das Instrument für technische Unterstützung bietet den Mitgliedstaaten nun maßgeschneiderte Unterstützung bei der Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus.
61.	Förderung der Einrichtung eines <b>europäischen Forschungszentrums für modernen Antisemitismus, jüdisches Leben und jüdische Kultur</b> gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und der Forschungsgemeinschaft, um die multidisziplinäre Forschung in ganz Europa zu fördern und die <b>Forschung</b> zu verschiedenen strukturellen Formen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit über das Programm „Horizont Europa“ zu finanzieren, wobei nationalen Besonderheiten und Intersektionalität Rechnung getragen wird.	In Bearbeitung	Zur Unterstützung der Einrichtung eines Europäischen Forschungszentrums für modernen Antisemitismus und jüdisches Leben veröffentlichte die Kommission am 31. März 2023 den Bericht „ <a href="#">The field of research on contemporary antisemitism and Jewish life</a> “ (Der Forschungsbereich des modernen Antisemitismus und jüdischen Lebens). Der Strategieplan für Horizont Europa 2025-2027 sieht vor, dass die finanzierten Maßnahmen die Einrichtung eines europäischen Forschungszentrums für modernen Antisemitismus, jüdisches Leben und jüdische Kultur unterstützen sollen.
62.	Die <b>Erhebung der FRA über die Erfahrungen jüdischer Menschen mit Antisemitismus</b> erfolgt erneut im Jahr 2023 und danach in regelmäßigen Abständen.	In Bearbeitung	Die dritte Erhebung der FRA über die Erfahrungen jüdischer Menschen mit Antisemitismus wurde im Jahr 2023 durchgeführt, und die Ergebnisse wurden am 11. Juli 2024 veröffentlicht.
63.	Unterstützung bei der Entwicklung eines Netzes <b>junger Europa-Botschafter zur Förderung des Holocaust-Gedenkens</b> in Schulen, Universitäten und Berufsbildungseinrichtungen.	In Bearbeitung	Das Netz wurde auf dem Forum der Zivilgesellschaft zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens am 17./18. November 2022 in Brüssel ins Leben gerufen. Junge Europäerinnen und Europäer werden darin geschult, genaue Informationen über den Holocaust einzuholen und auszutauschen, Holocaust-Gedenkveranstaltungen in ihrem lokalen Umfeld, wie Schulen und Universitäten, auszurichten und Verfälschungen des Holocaust im Internet zu erkennen und zu bekämpfen.
64.	Finanzierung einer <b>EU-weiten Erhebung über antisemitische Vorurteile</b> in der Allgemeinbevölkerung aller Mitgliedstaaten, auch unter jungen Menschen.	In Bearbeitung	Die vorbereitenden Arbeiten für die Erhebung haben begonnen.
<b>3.2. Bildung, Forschung und Gedenken im Kontext des Holocaust</b>			
65.	Fortsetzung der Teilnahme an und Unterstützung von <b>Holocaust-Gedenktagen und -Veranstaltungen</b> sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene in Zusammenarbeit mit den Vertretungen der Kommission in den Mitgliedstaaten und den EU-Delegationen.	In Bearbeitung	Gemeinsam mit der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA) und dem schwedischen EU-Ratsvorsitz im Jahr <a href="#">2023</a> sowie dem belgischen EU-Ratsvorsitz im Jahr <a href="#">2024</a> organisierte die Kommission anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktags (IHRD) am 27. Januar die Konferenz „Holocaust remembrance conference: Remembering the past, shaping the future“ (Holocaust-Gedenken: Die Vergangenheit in Erinnerung behalten. Die Zukunft gestalten.).

66.	In Zusammenarbeit mit den lokalen Gemeinschaften Unterstützung, auch finanziell, bei der Schaffung eines <b>Netzes von Stätten, an denen sich der Holocaust ereignet hat.</b>	In Bearbeitung	Anlässlich der Konferenz zum Gedenken an den Holocaust im Jahr 2024 gab die Kommission den Start <a href="#">einer offenen Ausschreibung in Höhe von 3,0 Mio. EUR</a> für die Einrichtung eines Sekretariats und den Aufbau des europaweiten Netzes von Stätten, an denen sich der Holocaust ereignet hat, bekannt. Diese wurde auf der Grundlage eines Konsultationsprozesses entwickelt, der auf der Konferenz ein Jahr zuvor eingeleitet worden war.
67.	Die <b>Europäische Holocaust-Forschungsinfrastruktur (EHRI) wird ihren Forschungsschwerpunkt auf die Erscheinungsformen des Antisemitismus ausweiten</b> , die zum Holocaust geführt haben.	In Bearbeitung	Die EHRI hat ihren wissenschaftlichen Tätigkeitsbereich auf die Erforschung des Antisemitismus in seiner Beziehung zum Holocaust ausgeweitet.
68.	Die Kommission wird auch die öffentliche Debatte (online oder Bürgerdebatte) über die Bedeutung des Holocaust in einer von Vielfalt geprägten EU anregen und die Schaffung eines <b>partizipativen europäischen Holocaust-Denkmal in Brüssel</b> unterstützen, das eine Verbindung zu Kunstwerken in Hauptstädten in der EU aufweist.	In Bearbeitung	Eine erste vorläufige Diskussion über das Denkmal fand auf dem Forum der Zivilgesellschaft zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens am 17./18. November 2022 in Brüssel statt.
69.	Bereitstellung von <b>Projektmitteln über den Aktionsbereich „Geschichtsbewusstsein“</b> des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ zum Gedenken an den Holocaust, auch im Wege der <b>Digitalisierung von Archiven und Zeugnissen</b> von Holocaust-Überlebenden.	In Bearbeitung	Um einschlägige Projekte zu finden, können auf dem <a href="#">Portal „EU Funding &amp; Tenders“</a> (EU-Finanzierung und Ausschreibungen) Suchanfragen zu Stichworten wie „Holocaust“, „Shoah“ und „Remembrance“ usw. nach von der EU finanzierten Projekten durchgeführt werden (in englischer Sprache).
<b>3.3. Leugnung, Verfälschung und Verharmlosung des Holocaust</b>			
70.	Förderung der Verwendung der <b>IHRA-Definition zur Leugnung und Verfälschung/Verharmlosung des Holocaust</b> zu Bildungs- und Sensibilisierungszwecken.	In Bearbeitung	Die Definition wurde auf der Website der Kommission veröffentlicht und wird bei Veranstaltungen und gegebenenfalls in den Mitteilungen zu diesem Thema erwähnt.
71.	Ausarbeitung eines <b>Handbuchs zu bewährten Verfahren bei der Bekämpfung der Leugnung, Verfälschung und Verharmlosung des Holocaust.</b>	Abgebrochen	Die Internationale Allianz für Holocaust-Gedenken veröffentlichte selbst ein <a href="#">Instrumentarium gegen Verfälschungen des Holocaust und Empfehlungen für politische und andere Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger</a> . Die Kommission hat daher beschlossen, kein eigenes Handbuch zu erstellen.
72.	In Partnerschaft mit der IHRA und der UNESCO wird die Kommission weitere Initiativen auf der Grundlage der IHRA-Empfehlungen mit dem Titel „Holocaustverfälschung und -verharmlosung erkennen und bekämpfen“ weiterentwickeln. Sie wird gemeinsam mit der UNESCO, der IHRA und anderen internationalen Partnern und zivilgesellschaftlichen Gruppen <b>Kampagnen in den sozialen Medien</b> unterstützen und stärken, um das Bewusstsein für die Leugnung und Verfälschung des Holocaust zu schärfen und aktiv dagegen vorzugehen.	In Bearbeitung	Im Rahmen des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ stellt die EU der UNESCO Unterstützung in Höhe von 200 000 EUR zur Verfügung, um Schulungen für Medienschaffende und Lehrkräfte zu organisieren, Leitlinien zu veröffentlichen und die Sensibilisierungskampagne #ProtectTheFacts zur Bekämpfung der Verfälschung des Holocaust zu unterstützen.
73.	Die EU wird im Rahmen von politischen Dialogen und Menschenrechtsdialogen sowie ihrer umfassenderen Zusammenarbeit mit Partnerländern <b>alle verfügbaren Instrumente</b> nutzen, um die Partnerländer aufzufordern, Antisemitismus <b>unter Berücksichtigung der IHRA-Definition von Antisemitismus</b> aktiv zu bekämpfen.	In Bearbeitung	Jedes Jahr wurden im Rahmen von mehr als 20 Menschenrechtsdialogen Bedenken hinsichtlich der Religions- und Weltanschauungsfreiheit geäußert. In Dialogen mit den MENA-Ländern (Naher Osten und Nordafrika) hat der EAD mehrfach auf die Notwendigkeit hingewiesen, Programme zum Thema Holocaust in die Lehrpläne aufzunehmen.
<b>4.1. Nutzung aller Instrumente zur Bekämpfung von Antisemitismus über das auswärtige Handeln der EU</b>			
74.	Die EU wird bei <b>gemeinsamen Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung und Antisemitismus</b> aktiv mit internationalen Organisationen, insbesondere den Vereinten Nationen, dem Europarat und der OSZE, sowie mit regionalen Organisationen zusammenarbeiten.	In Bearbeitung	Am 15. Juni 2023 organisierten die EU und die Allianz der Zivilisationen der Vereinten Nationen (UNAOC) eine Veranstaltung, bei der Möglichkeiten zur Schaffung eines einheitlichen Ansatzes innerhalb der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Antisemitismus erörtert wurden. Die EU beteiligte sich aktiv an den OSZE-Konferenzen zur Bekämpfung des Antisemitismus und brachte das Thema Antisemitismus im Rahmen der OSZE-Konferenzen zur menschlichen Dimension in Warschau zur Sprache. Im Einklang mit den <a href="#">Schlussfolgerungen des Rates zu den Prioritäten der EU für die Zusammenarbeit mit dem Europarat (2023-2024)</a> ist die EU bestrebt, ihren Austausch und ihre Kommunikation mit dem Europarat über Strategien und Initiativen zur Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus zu verbessern. Nach den Anschlägen vom 7. Oktober unterzeichnete die Kommission

			<a href="#">die gemeinsame Erklärung der Sonderbeauftragten und Koordinatoren für die Bekämpfung des Antisemitismus</a> , in der die Regierungen aufgerufen werden, die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen für jüdische Gemeinschaften zu treffen, für die Sicherheit jüdischer Menschen auf Universitätsgeländen zu sorgen, die Solidarität mit jüdischen Menschen aus der Zivilgesellschaft zu fördern und Plattformen der sozialen Medien zum Handeln aufzufordern. Die Kommission hat gemeinsam mit 42 Ländern die <a href="#">globalen Leitlinien zur Bekämpfung von Antisemitismus</a> gebilligt, in denen die erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus zusammengefasst sind.
75.	Die EU wird ihre Maßnahmen im Bildungsbereich verstärken und sich in ihrer Zusammenarbeit mit Partnerländern im Bildungsbereich weiterhin <b>dafür einsetzen, dass Bildungsmaterialien vollständig den UNESCO-Standards für Frieden, Toleranz, Koexistenz und Gewaltlosigkeit entsprechen.</b>		
76.	Die EU wird im Rahmen ihrer <b>Menschenrechtsschulungen für Bedienstete in Delegationen und am Hauptsitz spezifische Schulungen zum Thema Religions- und Weltanschauungsfreiheit anbieten</b> , die auch die Bekämpfung von Antisemitismus zum Inhalt haben.	In Bearbeitung	Jährliche Schulungen zum Thema Religion und Außenpolitik für Bedienstete des EAD, die Module zur Religions- und Weltanschauungsfreiheit beinhalten.
77.	Förderung des <b>Kampfes gegen Diskriminierung aus religiösen und ethnischen Gründen, einschließlich Antisemitismus, im Rahmen von politischen Dialogen und Menschenrechtsdialogen</b> sowie der umfassenderen Zusammenarbeit mit Partnerländern außerhalb der EU.	In Bearbeitung	Jedes Jahr wurden im Rahmen von mehr als 20 Menschenrechtsdialogen Bedenken hinsichtlich der Religions- und Weltanschauungsfreiheit geäußert. In Dialogen mit den MENA-Ländern hat der EAD mehrfach darauf hingewiesen, dass Programme zum Thema Holocaust in die Lehrpläne aufgenommen werden müssen.
78.	Gewährleistung der Durchführung von <b>Schulungen zu Grundrechten</b> und eines interkulturellen Dialogs für einschlägige Akteure, einschließlich Lehrkräfte aus Drittstaaten.		
79.	Stärkung des <b>Engagements für die jüdische Zivilgesellschaft</b> und religiöse Organisationen, um über das Netz der EU-Delegationen und die zentralen Dienststellen antisemitische Handlungen und Einschränkungen der Religions- oder Glaubensfreiheit zu bekämpfen.	In Bearbeitung	Die EU-Delegationen treffen sich mit konfessionell gebundenen Organisationen, einschließlich der jüdischen Zivilgesellschaft und religiösen Organisationen, wenn dies relevant ist oder darum gebeten wird.
80.	Empfehlung an die EU-Delegationen, die <b>Berichterstattung über antisemitische Vorfälle in Drittländern</b> in ihre regelmäßige politische Berichterstattung aufzunehmen.	In Bearbeitung	Mehrere EU-Delegationen weisen in ihren Berichten an die zentralen Dienststellen auf Verletzungen der Religions- und Weltanschauungsfreiheit hin, darunter auch auf antisemitische Vorfälle und die Leugnung des Holocaust.
81.	Darüber hinaus wird die EU die weltweite <b>Zusammenarbeit der Sonderbeauftragten und Koordinatoren</b> bei der Bekämpfung von Antisemitismus <b>verstärken</b> .	In Bearbeitung	Auf Einladung des Jüdischen Weltkongresses führt die Kommission zweimal jährlich den gemeinsamen Vorsitz bei den Treffen der Sonderbeauftragten und Koordinatoren für die Bekämpfung des Antisemitismus. Am 6. November 2023 billigte die Kommission die <a href="#">gemeinsame Erklärung der Sonderbeauftragten und Koordinatoren für die Bekämpfung des Antisemitismus</a> , in welcher die Zunahme des Antisemitismus nach den Anschlägen vom 7. Oktober verurteilt wird. Am 17. Juli 2024 unterzeichnete die Kommission gemeinsam mit Sonderbeauftragten aus 42 Ländern und internationalen Organisationen die <a href="#">globalen Leitlinien zur Bekämpfung von Antisemitismus</a> .
82.	Ausbau des Seminars EU-Israel zur weiteren <b>Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der EU und Israel bei der Bekämpfung von Antisemitismus</b> .	In Bearbeitung	Das Seminar EU-Israel wurde überarbeitet. Das hochrangige Seminar EU-Israel zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wurde am 12. Juni 2023 in Jerusalem und am 7./8. Mai 2024 in Brüssel mitorganisiert. Vizepräsident Schinas und der israelische Außenminister nahmen an den Seminaren teil.
83.	Erwägung neuer EU-finanzierter Projekte in der Nachbarschaft der EU und darüber hinaus, um Antisemitismus zu verhindern und zu bekämpfen und jüdisches Leben zu fördern. Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus können über das Programm für Menschenrechts- und Demokratieinitiativen zur Bekämpfung der Diskriminierung im Rahmen des <b>Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt</b> unterstützt werden.	In Bearbeitung	Anfang 2023 wurde eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zur Bekämpfung von Diskriminierung veröffentlicht, die über das thematische Programm für Menschenrechte und Demokratie im Rahmen des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt finanziert wird. Eines der Lose der Ausschreibung hat den Schwerpunkt Religions- und Weltanschauungsfreiheit: Förderung der Achtung aller Menschen und des interkulturellen und interreligiösen Verständnisses.

84.	Sicherstellen, dass externe EU-Mittel im Einklang mit bestehenden Maßnahmen nicht für Aktivitäten missbraucht werden können, die Hass und Gewalt schüren, etwa gegen Jüdinnen und Juden.	In Bearbeitung	Gemäß den EU-Verfahren sollen mit externen EU-Mitteln keine Aktivitäten unterstützt werden, die Hass und Gewalt, unter anderem gegen jüdische Menschen, schüren.
<b>4.2. Sicherung des jüdischen Kulturerbes und Gedenken an den Holocaust</b>			
85.	Die EU wird sich weiterhin <b>für das Gedenken an den Holocaust</b> auf internationaler Ebene <b>einsetzen</b> und die <b>Leugnung, Verfälschung und Verharmlosung des Holocaust in Drittländern öffentlich zur Sprache bringen</b> , auch in internationalen Foren. Sie wird die Organisation und Teilnahme an hochrangigen Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Gedenken an die Opfer der Shoah (Gedenkveranstaltungen, Holocaust-Gedenktag) fortsetzen.	In Bearbeitung	Am 20. Januar 2022 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit Unterstützung aller EU-Mitgliedstaaten eine <a href="#">Resolution, in der die Leugnung des Holocaust verurteilt wird</a> . HR/VP Borrell gab anlässlich der Holocaust-Gedenktage in den Jahren <a href="#">2022</a> , <a href="#">2023</a> und <a href="#">2024</a> Erklärungen ab. Die EU-Delegationen nehmen regelmäßig an hochrangigen Veranstaltungen zum Gedenken an die Opfer der Shoah teil. <a href="#">Der Hohe Vertreter kritisierte den Missbrauch des Holocaust durch Russland</a> .
86.	Die EU wird den <b>interkulturellen und interreligiösen Dialog</b> unterstützen, um den <b>Schutz des Kulturerbes durch Bemühungen um ein gemeinsames Geschichtsbewusstsein und Gedenken zu stärken</b> und so die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben der Gemeinschaften in einem multikulturellen Umfeld zu schaffen.	In Bearbeitung	Zwischen September 2021 und August 2022 wurden drei Projekte für den interreligiösen Dialog zur Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Toleranz abgeschlossen. Die Projekte fanden 1. in Niger und Nigeria, 2. in Burundi, Ägypten, Kenia, Südsudan, Tansania und Uganda sowie 3. in Irak, Libanon und Syrien statt.
87.	Förderung und Unterstützung <b>des Schutzes, der Wiederherstellung und der Wiederbelebung des gesamten materiellen und immateriellen Kulturerbes, einschließlich des jüdischen Kulturerbes</b> , sei es materieller oder immaterieller Natur, im Einklang mit ihrer Politik im Bereich internationale Kulturbeziehungen und Kulturerbe.	In Bearbeitung	Zwischen September 2021 und August 2022 unterstützte die Europäische Kommission den Schutz, die Wiederherstellung und die Wiederbelebung des gesamten materiellen und immateriellen Kulturerbes, einschließlich des religiösen Kulturerbes, unter anderem in Jemen, Irak, Mali, Zentralasien und Iran, mit insgesamt 39 Mio. EUR.
88.	Integration des <b>interkulturellen und interreligiösen Dialogs in Maßnahmen zum Kulturerbe</b> .	In Bearbeitung	Beispielsweise finanzierte die Kommission „Cash for Work: Promoting Livelihood Opportunities for Urban Youth in Yemen“ (Geld für Arbeit: Förderung von Möglichkeiten zur Sicherung des Lebensunterhalts für Jugendliche in Städten im Jemen), ein von der UNESCO durchgeführtes Projekt (9,7 Mio. EUR, September 2018 bis August 2022), bei dem 86 junge jemenitische Künstler und Kulturschaffende am Dialog über die Friedenskonsolidierung teilnahmen, unter anderem mit dem Sondergesandten der Vereinten Nationen für Jemen.
89.	Suche nach Möglichkeiten, die <b>Erhaltung des jüdischen Erbes in die Programmplanung</b> in der Nachbarschaft der EU und darüber hinaus <b>einzubeziehen</b> .	In Bearbeitung	Im Rahmen des Instruments für Heranführungshilfe wurde ein spezielles „Los für Projekte“ zur Förderung des jüdischen Lebens und des jüdischen Kulturerbes mit einer Gesamtmittelausstattung von 1,5 Mio. EUR in eine regionale Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Organisationen der Zivilgesellschaft aus dem Westbalkan und der Türkei aufgenommen. In Bosnien und Herzegowina stellte die Kommission über das Instrument für Heranführungshilfe 260 000 EUR für das Holocaust-Museum in Sarajevo bereit. Aus dem Instrument für Nachbarschaft Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit hat die Kommission 7 Mio. EUR für die Bekämpfung von Antisemitismus und die Erhaltung des jüdischen Kulturerbes in der Ukraine sowie 3 Mio. EUR für die Verwaltung und Erhaltung jüdisch-marokkanischer Kulturstätten und des immateriellen Kulturerbes in Marokko vorgesehen.
<b>Schlussfolgerung</b>			
90.	Umfassende Durchführungsberichte sollen in den Jahren 2024 und 2029 veröffentlicht werden. Diese werden sich auf die Beiträge der Mitgliedstaaten stützen, auch im Hinblick auf die Umsetzung ihrer nationalen Strategien und Maßnahmen. Mit Unterstützung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte werden diese Berichte auch die Überwachung der Fortschritte auf nationaler Ebene umfassen und die in den Erklärungen des Rates zum Antisemitismus von 2018 und 2020 eingegangenen Verpflichtungen berücksichtigen.	In Bearbeitung	Vorlage des ersten Fortschrittsberichts im Jahr 2024.